

# „Russland will Deutschland destabilisieren“

„AKK“ über Deutschlands Standing in der Welt, Nord Stream 2, das Verhältnis zu den USA und warum niemand Rentner gegen Rüstung ausspielen sollte

**IP:** *Als Saarländerin sind Sie eine überzeugte Europäerin. Aber als Außenpolitikerin sind Sie bisher nicht aufgefallen – interessiert Sie das Thema?*

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Mich hat die Außenpolitik sogar in die Politik gebracht. Es ging damals um den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Es waren die Debatten über den NATO-Doppelbeschluss. Auch heute gibt es für mich Achsen, um die wir uns kümmern müssen. Das eine könnte man die Europa-Achse nennen. Ein handlungsfähiges Europa liegt immer auch im nationalen Interesse Deutschlands. Das andere ist eben eine funktionierende transatlantische Achse. Aber momentan sind die Diskussionen zwischen den USA und Europa, aber auch insbesondere Deutschland rauer und schwieriger geworden. Es ist eine große Herausforderung für uns, den Wert dieses Bündnisses und diese Freundschaft zu bewahren. Es ist ein Warnsignal, wenn Deutsche in einer Umfrage angeben, dass sie dem russischen, selbst dem chinesischen Präsidenten heute mehr vertrauen als dem amerikanischen.

**IP:** *Aber Sie selbst haben gesagt, dass Sie Trump und Putin für gleichermaßen schwierig halten. Klingt das nicht nach Äquidistanz?*

**Kramp-Karrenbauer:** Nein, Äquidistanz kann es hier nicht geben. Die USA stehen mir von den Grundeinstellungen, dem Wertegerüst, der historischen Verbundenheit her viel näher als andere Länder – völlig unabhängig von den aktuellen politischen Diskussionen. Ich meinte damit, dass beide Staaten für uns derzeit in unterschiedlicher Art und Weise herausfordernd sind. Bei den USA liegt die Herausforderung vor allem darin, dass wir zumindest aktuell eine Regierung haben, die sich ein Stück entfernt von internationalen Vereinbarungen. Dieser Kurs verändert geopolitisch vieles.

Russland dagegen ist für uns ein großer und wichtiger Nachbar – aber eben auch ein problematischer. Russland hat eine eigene Agenda. Und diese

Agenda umfasst augenscheinlich auch den Versuch der Destabilisierung Europas und Deutschlands. Durch schwache Nachbarn soll die eigene Stärke gefördert werden. Das widerspricht den europäischen und deutschen Interessen. Wenn wir schon dabei sind: Um das Tableau komplett zu machen, nenne ich noch die chinesische Herausforderung. China wird geführt von einem sehr starken Regime mit deutlich anderen Wertvorstellungen. Und einem, das auf lange Sicht sicher eigene Spielregeln in der Welt durchsetzen will.

**IP:** *Lassen Sie uns noch einen Augenblick bei den USA verweilen. Machen sich die Deutschen in ihrer Trump-Skepsis nicht etwas vor? Auch unter Barack Obama gab es bereits Rückzugstendenzen.*

**Kramp-Karrenbauer:** Sicher gab es diese Tendenz zum Rückzug in der US-amerikanischen Politik schon immer und auch unter Obama. Im Laufe der Geschichte konnte man sehen, dass beide unterschiedlichen Ausrichtungen – internationales Engagement und Rückzug – oft miteinander gestritten haben. Neu ist aber, dass internationale Politik unter Trump eher als ein großes Geschäft gesehen wird.

**IP:** *Glauben Sie, dass es eine Rückkehr geben kann? Einige sagen ja, dass die USA auf jeden Fall auf diesem Weg weitergehen werden. Oder glauben Sie daran, dass er korrigierbar ist?*

**Kramp-Karrenbauer:** Ich kann zumindest zurzeit noch keine raumgreifende Debatte in den USA erkennen, die ein Umsteuern andeuten würde. Deshalb sind Deutschland und Europa gefordert – deshalb müssen wir mehr Verantwortung übernehmen. Darum kreist doch die ganze Debatte in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es geht um unser Standing in einer sich verändernden Welt. Es geht darum, ob wir zufrieden damit sind, nur eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt zu sein oder ob wir mehr politische Verantwortung übernehmen wollen. Da stehen wir vor einer schwierigen innenpolitischen Diskussion.

**IP:** *Deutschland ist in Ihrer Sicht keine „große Schweiz“?*

**Kramp-Karrenbauer:** Nein, Deutschland kann keine „große Schweiz“ sein. Wir sind nun mal ein sehr starkes Zentrum in Europa, das habe ich auch in Brüssel gespürt. Deutschland hat die Fähigkeit, die unterschiedlichen Interessen der kleineren europäischen Partner aufzunehmen und für einen Ausgleich zu sorgen – das wird auch von uns erwartet. Wir müssen aber auch eine stärkere Rolle bei der Verteidigung spielen. Bei der 2-Prozent-Debatte geht es dabei nicht nur um Geld, sondern auch um eine qualitative Debatte. Neben der Ausrüstung und der reinen Truppenstärke müssen wir über Cybersicherheit und über



**ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer** ist seit Dezember 2018 Vorsitzende der CDU und löste in dieser Funktion Angela Merkel ab. Von 2011 bis 2018 war „AKK“ Ministerpräsidentin des Saarlands und danach Generalsekretärin der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Infrastruktur und deren Schutz diskutieren. Es ist sinnlos, NATO-Truppen aufzustocken, wenn Sie im Falle eines Falles keine Truppen durch Europa verlegen können, weil Straßen und Brücken nicht dafür ausgelegt sind.

**IP:** *Ist das nicht ein Ablenkungsmanöver von dem 2-Prozent-Ziel, das Deutschland nicht erreicht? Zumal die Bundesregierung ja bis 2024 nur 1,5 Prozent erreichen will.*

**Kramp-Karrenbauer:** Wir wollen ja an diesem 2-Prozent-Ziel festhalten. Aber die Kopplung eines Prozentsatzes an das Bruttoinlandsprodukt alleine ist nicht sehr aussagekräftig: Denn in Zeiten einer Rezession könnte man ohne mehr Geld auf steigende Quoten verweisen. Die 1,5 Prozent sind bei einem wachsenden BIP bereits eine große, aber notwendige Kraftanstrengung. Denn eine Regierung muss natürlich auch mit anderen Ausgabewünschen im Etat umgehen. Aber wie gesagt: Es bedarf auch der qualitativen Debatte. Man könnte sich etwa mal anschauen, was in anderen Staaten alles mit hineingerechnet wird: Zum Teil handelt es sich um Nuklearmächte, zum Teil geht es um den Unterhalt teurer Überseebasen.

**IP:** *Warum scheint es in Deutschland denn so schwierig zu sein, eine offene außen- und sicherheitspolitische Debatte zu führen?*

**Kramp-Karrenbauer:** Das hat vielleicht etwas mit unserer Geschichte zu tun. Aber die Zeiten haben sich geändert: Europa und Deutschland stehen an einem Scheideweg. Wollen wir weltweit eine eigenständige Rolle spielen? Wenn ja, dann müssen wir mehr Anstrengungen unternehmen – und das betrifft insbesondere Deutschland. Zumal wir wie kaum ein anderes Land mit unseren Exporten auf eine stabile internationale Lage angewiesen sind. Es gibt keinen klassischen Unterschied mehr zwischen Innenpolitik auf der einen Seite und Außenpolitik auf der anderen Seite. Wir haben doch bei der Migrationspolitik erlebt, dass eine Destabilisierung der Region um Europa über kurz oder lang gravierende Auswirkungen auch auf die Innenpolitik haben kann. Deshalb sind Debatten eher ärgerlich, die erkennbar auf das Muster zielen: „Die einen sind für die Rüstung und die anderen sind für die armen Rentner in Deutschland.“ Eine solche Debatte hat mit verantwortlicher Politik für Deutschland wenig zu tun.

**IP:** *Gehört zu der europäischen Einbindung auch, dass Frankreich seinen atomaren Schirm über Deutschland und die EU spannen sollte, wie der Organisator der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, dies fordert?*

**Kramp-Karrenbauer:** Wir haben durch die Kündigung des INF-Mittelstrecken-Vertrags sicher eine neue Situation. Aber alle Anstrengungen sollten zunächst darauf zielen, in den jetzt ausstehenden sechs Monaten doch noch zu einer Vereinbarung zu kommen. Eigentlich bräuchte man einen Vertrag, der nicht nur Russland und die Vereinigten Staaten einbezieht, sondern auch Mächte wie China oder andere atomare Nationen. Ansonsten würde ich keine einzige Option zur Seite legen und würde mich auch von vornherein nicht auf eine einzige Option festlegen.

**IP:** *Keine Option vom Tisch nehmen? Meinen Sie damit auch eine atomare Bewaffnung Deutschlands?*

**Kramp-Karrenbauer:** Nein, auf keinen Fall.

**IP:** *Muss Europa nicht einen „dritten Weg“ gehen?*

**Kramp-Karrenbauer:** Europa als Ganzes steht mit seinem Wertesystem sicher für etwas sehr Eigenes. Nehmen Sie das Beispiel Datenschutz. In den USA sind Daten vor allem eine Ware, der Schutz der Privatsphäre spielt eine nachgeordnete Rolle. In China haben wir dagegen ein Staats- oder Parteisystem, das große Datenmengen für eine perfektionierte soziale und politische Kontrolle des Einzelnen nutzt. Beides hat mit unseren Werten und unserer Vorstellung von Privatheit wenig zu tun. Die EU hat in einem ersten kleinen Schritt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung versucht, einen Standard zu setzen. Mit der Marktmacht eines vereinigten europäischen Binnenmarkts können wir damit auch Akteure wie Google oder Facebook zu Veränderungen bewegen, wenn auch in kleinen Schritten.

**IP:** *Sie haben Russland vorgeworfen, eine Destabilisierung Deutschlands und der EU erreichen zu wollen. Muss die Bundesregierung deshalb nicht ganz anders mit Moskau umgehen?*

**Kramp-Karrenbauer:** Russland ist ein sehr großes, vielfältiges Land mit wunderbaren Menschen und unglaublich viel Potenzial. Daneben gibt es aber eine russische Regierung, die im eigenen Land rigide durchgreift und anderen Völkern das Recht auf Selbstbestimmung nimmt – das haben die Konflikte in Georgien, in der Ostukraine und die Annexion der Krim gezeigt. Das muss man klar benennen. Wenn Russland Troll-Fabriken nutzt, um im Westen Desinformationskampagnen zu fahren oder Wahlen zu beeinflussen, kann man dies nicht unter den Teppich kehren.

Nun klagen viele über die Wirtschaftssanktionen der EU. Aber eine Alternative nennen die Kritiker nicht. Weder sind sie der Meinung, man müsse Russlands völkerrechtswidriges Verhalten hinnehmen, noch haben sie eine Idee für andere Sanktionen. Da wir ein militärisches Eingreifen ausschließen, bin ich für einen Erhalt der Sanktionen, solange keinem etwas Klügeres einfällt.

**IP:** *Ist das Festhalten an der Nord-Stream-2-Pipeline dann nicht ein Widerspruch?*

**Kramp-Karrenbauer:** Bei Nord Stream haben wir aus meiner Sicht einen Interessenzwiespalt. Es ist für mich wie andere auch sicher kein Herzensprojekt. Aber grundlegende Entscheidungen sind früher getroffen worden. Das Projekt ist nicht einfach rückabwickelbar. Zudem haben wir auch ganz legitime wirtschaftliche Interessen bei der Energieversorgung. Dass niemand mit dem Kopf durch die Wand will, haben gerade die Beratungen in Brüssel gezeigt. Es bleibt dabei, dass eine Konstante deutscher Außenpolitik immer war und ist, Interessen der europäischen Nachbarn mit im Blick zu haben und umzusetzen.

Die Fragen stellten Andreas Rinke und Martin Bialecki